

## Wirtschaft

\*(40)

### Probleme des Bankensystems: zu hohe Geldmenge und notleidende Kredite

Die Volksbank, Chinas Zentralbank, kündigte Pläne an, um die Geldmenge im Jahre 1988 scharf begrenzen zu können. Auf diese Weise soll die exzessive Nachfrage begrenzt werden, die die Inflationsrate 1987 auf zweistellige Ziffern getrieben hatte.

Zwar würden weiterhin neue Anleihen begeben, doch würde das Geldangebot drastisch gekürzt werden, so verlautete es aus der Volksbank. Es soll sichergestellt werden, daß jene Sektoren, die für Entwicklungszwecke Geld benötigen, dies auch erhalten. Unternehmen, die mit ausländischen Investitionen arbeiten, stehen auf der Prioritätsliste, und solche, die gute wirtschaftliche Erfolge erzielen, erhalten volle Unterstützung. Überhitzte Investbauinvestitionen, insbesondere in Projekten außerhalb des Staatsplanes, sowie das exzessive Wachstum des Konsums hätten die Nachfrage weit über das Angebot ansteigen lassen.

Mit dem Anziehen der Kreditschraube war im Oktober 1987 begonnen worden, als die Mindestreserverate von 10% auf 12% erhöht wurde. Damals wurden auch die Zinssätze für Kredite der Zentralbank erhöht.

Die Präsidentin der Volksbank, Frau Chen Muhua, teilte Anfang des Jahres 1988 mit, daß die Bank insofern eine größere Rolle spielen werde, als sie wirtschaftliche Kontrolle ausüben werde. Die Regierung müsse die von der Bank festgesetzte Geldmenge und die Kreditmenge genehmigen. Nachdem dies geschehen sei, sei es niemandem erlaubt, diese Grenzen zu überschreiten.

Nach einem Bericht der *Wirtschaftstageszeitung* seien die Einzelhandelspreise seit 1985 um nahezu 24% angestiegen. Etwa 40% der Menschen erklärten, daß ihre Realeinkommen in der ersten Hälfte des Jahres 1987 gesunken seien. Das Ergebnis einer Umfrage war ferner, daß 80% der Menschen ungenötigt über die Preiserhöhungen

waren. Die Gewinner der Preisreform seien, so die Zeitung, Unternehmen, Banken, Händler und Makler, während die Verlierer die Konsumenten und der Staat seien. Der Staat zahle jährlich 30 Mrd.Yuan - das seien 12% des Budgets - für Preissubventionen.

Dai Xianglong, der Vizepräsident der Landwirtschaftsbank von China, erklärte, daß mehr als 40 Mrd.Yuan notleidende Kredite an ländliche Fabriken und Unternehmen vergeben worden seien. Dai erklärte weiter, diese notleidenden Kredite gefährdeten die Sicherheit der Banken und Kreditkooperativen; seine Bank müsse ihre Kreditpolitik verändern.

Seine Bank habe die gleichen Probleme, erklärte ein Sprecher der Industrie- und Handelsbank. Er fügte hinzu, daß 15% der 700.000 Kunden der Bank Geld verlorren oder daß die Betriebe schlecht geführt seien. Die Bank habe ihre Kreditpolitik zu überdenken und werde keine Kredite mehr an schlecht geführte Unternehmen vergeben. (AWSJ, 4. und 14.1.88) -lou-

\*(41)

### Entwurf des Unternehmensgesetzes veröffentlicht

Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, die an der 24.Sitzung teilnahmen, befürworteten die schnelle Ratifizierung des nun vorgelegten Gesetzentwurfs der Volksrepublik China über Unternehmen im Eigentum des ganzen Volkes (revidierte Version vom 9.1.1988). Es ist dies das viertemal, daß der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses dieses Gesetz diskutiert, das erstmalig in einem Entwurf 1985 zur Diskussion gestellt wurde.

Der Gesetzentwurf enthält 63 Artikel in sieben Abschnitten. In Kap.1 werden die allgemeinen Prinzipien behandelt. Art.2 definiert, daß ein Industrieunternehmen im Eigentum des ganzen Volkes (fortan Unternehmen genannt) eine Einheit mit unabhängiger Rechnungsführung ist; es ist mit sozialistischer Warenproduktion befaßt. Die Aktiva des Unternehmens gehören dem ganzen Volk. Der Staat folgt dem Prinzip der Trennung von Eigentums- und Betriebsführungsrechten. Weiter heißt es in Art.2, daß ein Unternehmen unabhängig handele, selbst für Gewinne und Verluste verant-

wortlich sei sowie die zivile Verantwortlichkeit für die Aktiva übernehme, die ihm vom Staat zur Verwaltung übergeben worden seien. In Abschnitt 4 des Art.2 wird festgehalten, daß ein Unternehmen unter dem Vertrags- oder Leasingssystem oder einem anderen Verantwortlichkeitssystem geführt werden kann.

In Art.6 heißt es, daß ein Unternehmen unter der Verantwortlichkeit des Fabrikdirektors (changzhang) oder Managers (jingli) arbeitet. Der Direktor übt seine Autorität in Übereinstimmung mit dem Gesetz aus, er wird durch das Gesetz geschützt.

In Art.7 heißt es, daß die Basisorganisation der Kommunistischen Partei in einem Unternehmen die Durchführung der allgemeinen und speziellen Politiken der Partei und des Staates sicherstellt und überwacht.

Nach Art.8 soll ein Unternehmen demokratisch durch den Arbeiterkongreß oder andere Formen geleitet werden.

Art.10: Ein Unternehmen soll das System der wirtschaftlichen Verantwortlichkeit einführen, und es soll dem Prinzip der Entlohnung entsprechend der Arbeit folgen. Es kann auch andere Formen der Entlohnung innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen übernehmen.

Kapitel 2 regelt die Errichtung, Veränderung und Beendigung eines Unternehmens.

Kapitel 3 enthält die Rechte und Pflichten des Unternehmens. Nach Art.21 hat ein Unternehmen das Recht, die Anpassung von Befehlsplänen für solche Güter zu verlangen, die bezüglich der geplanten Versorgung und Vermarktung nicht wesentlich sind. Dieser Artikel steht in Verbindung mit Art.33, wonach ein Unternehmen die Befehlspläne vollständig erfüllen soll, mit Ausnahme jener Güter, die in Art.21 bestimmt sind. In Art.21 heißt es im 2.Abschnitt weiter, daß ein Unternehmen das Recht hat, Produktionszuweisungen von Abteilungen oder Einheiten außerhalb des Befehlsplans anzunehmen oder zurückzuweisen.

In Art.22, Abs.2, heißt es, daß ein Unternehmen, unter dem Befehlsplan arbeitend, das Recht hat, jene Güter selbst zu vermarkten, die die Quote überschreiten.

In Art.25 wird festgeschrieben, daß ein Unternehmen in Übereinstimmung mit den Regelungen des Staatsrates das Recht hat, über Teilmengen von Devisen selbst zu bestimmen.

Nach Art.32 hat ein Unternehmen das Recht, in anderen Unternehmen und Einrichtungen zu investieren, und zwar in Form von Anlagekapital, Umlaufkapital oder in Form des Eigentums industrieller Aktiva; es kann auch Aktien halten. Im zweiten Abschnitt dieses Artikels heißt es, daß ein Unternehmen auch Anleihen begeben kann.

Kapitel 4 regelt die Rechte und Pflichten des Fabrikdirektors bzw. Managers. Zunächst heißt es in Abschnitt 1 des Art.42, daß ein Fabrikdirektor der rechtliche Vertreter eines Unternehmens ist. Der Fabrikdirektor wird nach Abschnitt 2 entweder von Regierungsabteilungen bestellt bzw. eingestellt, oder er wird eingestellt oder gewählt durch den Arbeiterkongreß des Unternehmens. Wird der Fabrikdirektor durch den Arbeiterkongreß eingestellt oder gewählt, so muß dies durch Regierungsabteilungen genehmigt werden. Auch für den Fall, daß ein Arbeiterkongreß wünscht, daß der Fabrikdirektor, den er eingestellt oder gewählt hat, entlassen werden soll, so muß dieser Wunsch den Regierungsabteilungen zur Genehmigung gemeldet werden.

Nach Art.43, Abs.2, hat ein Fabrikdirektor u.a. die folgenden Funktionen. Er stellt ein oder erläßt Wirtschaftsverwaltungskader der mittleren Ebene des Unternehmens. Er erstellt Pläne für die Lohnanpassung und die Verteilung der Boni und formuliert wichtige Regeln. Er übermittelt diese Pläne und Regelwerke den Arbeiterkongressen zur Prüfung und Genehmigung. Er übermittelt auch Pläne über die Nutzung der Wohlfahrtsfonds und Vorschläge hinsichtlich der Wohlfahrt der Arbeiter und anderer Dienstleistungen an die Arbeiterkongresse zur Überprüfung und Entscheidung.

Art.44 bestimmt, daß ein Unternehmen einen Verwaltungsausschuß (guanli weiyuanhui) oder andere Organe gründen soll, um den Fabrikdirektor bei der Entscheidung über wichtige Frage zu helfen. Der Verwaltungsausschuß soll von führenden Mitgliedern der Unternehmen und Vertretern der

Arbeiter gebildet werden. Der Fabrikdirektor wird der Vorsitzende sein. Zu den wichtigen Fragen gehören: (1) die Geschäftsprinzipien des Unternehmens, längerfristige und Jahrespläne sowie Pläne bezüglich der technischen Umformung, der Übernahme ausländischer Technologie, der Ausbildung von Arbeitern, der Anpassung von Löhnen, Budgets, Geschäftsberichten sowie Erteilung und Verwendung des verfügbaren Kapitals. (2) Die Anzahl der Personals, das die Parteiorganisation des Unternehmens, die Regierungs-, Gewerkschafts- und Jugendligaorganisationen besetzen soll und von der Arbeit freigestellt ist; ferner die Errichtung und Reorganisation von Verwaltungsorganisationen. (3) Die Formulierung, Revision und Streichung wichtiger Regelungen.

Kapitel 5 regelt die demokratische Verwaltung des Unternehmens. In Art.46 heißt es, daß der Arbeiterkongreß die grundlegende Form der demokratischen Verwaltung des Unternehmens sei, eine Organisation, durch welche die Arbeiter ihre demokratischen Verwaltungsrechte ausüben. Das Gewerkschaftskomitee ist das operative Organ des Arbeiterkongresses.

Die Funktionen und Befugnisse des Arbeiterkongresses sind in Art.47 bestimmt. Unter anderem obliegen dem Arbeiterkongreß die Prüfung und Annahme von Plänen hinsichtlich der wirtschaftlichen Verantwortlichkeiten des Unternehmens, die Lohnanpassung, die Verteilung von Geld für Boni, Arbeits- und Produktionsmaßnahmen, Maßnahmen für Belohnung und Bestrafung sowie wichtige Regelungen und Bestimmungen. Im Hinblick auf Art.42 wird weiter festgelegt, daß der Arbeiterkongreß den Fabrikdirektor wählt und das Ergebnis der Wahl den entsprechenden Regierungsabteilungen zur Genehmigung vorlegt.

Kapitel 6 legt die Verantwortlichkeiten der zuständigen Regierungsabteilungen fest. In Art.50 heißt es, daß diese entsprechend den Anordnungen des Staatsrates die Unternehmenspläne für den Investbau, wichtige technische Umformungen, die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit dem Ausland sowie die Durchführung der staatlichen Befehlspläne prüfen und genehmigen sollen.

Die zuständigen Regierungsabteilungen sollen nach Art.51 entsprechend ihren unterschiedlichen Ver-

antwortlichkeiten die Geschäftstätigkeit der Betriebe mittels ökonomischer, rechtlicher und anderer erforderlicher Verwaltungsmaßnahmen managen und überwachen. Unter anderem soll dies speziell wie folgt vorgenommen werden. (1) Sie sollen Produktionspolitiken formulieren und revidieren und dem Unternehmen Anleitung für die Entwicklung geben. (2) Sie sollen Dienstleistungen und Informationsunternehmen zur Verfügung stellen, die für geschäftliche Entscheidungen benötigt werden.

Art.52 bestimmt, daß zuständige Regierungsabteilungen (und soziale Gruppen) nicht die rechtliche Autonomie der Betriebe verletzen dürfen. Sie dürfen von den Unternehmen keine Unterstützung in Form von Arbeitskräften, Material oder finanziellen Ressourcen fordern.

In Kapitel 7, rechtliche Verantwortlichkeiten, kommt Art.55 wieder auf Art.52 zurück. Dort heißt es: Falls eine Entscheidung einer zuständigen Regierungsabteilung Art.52 dieses Gesetzes verletzt, so hat das Unternehmen das Recht, zu fordern, daß die Abteilung ihrerseits ihre Forderung zurückzieht. Falls die Abteilung sich weigert, hat das Unternehmen das Recht, sich an eine übergeordnete Regierungsbehörde bzw. an eine Überwachungsabteilung der Regierung zu wenden.

Nach einer Meldung der *Jingji Ribao* diskutierten chinesische Theoretiker über den Gesetzentwurf. Eine Aussage ging dahin, daß staatseigene Unternehmen als juristische Personen die gleichen Rechte haben sollten wie andere Unternehmen. Anderenfalls würden sie hinter andere Unternehmen bezüglich der Konkurrenzfähigkeit und Effizienz zurückfallen, sogar dann, wenn das Eigentum von der Betriebsführung getrennt sei. Des weiteren wurde angemerkt, daß die Rechte der Arbeiterkongresse nicht die Integrität der Rechte tangieren sollten, die die Fabrikleiter besitzen.

Anlässlich einer Diskussion chinesischer Unternehmer wurde gefordert, daß das Gesetz den Fabrikdirektoren mehr Entscheidungsbefugnisse geben solle, einschließlich des Rechtes, ihre eigenen stellvertretenden Direktoren auszuwählen. Das Gesetz solle auch spezifizieren, in welcher Höhe das Gehalt eines Fabrikdirektors das eines normalen

Arbeiters übersteigen könne. In diesem Zusammenhang wurde hinzugefügt, daß einige Fabrikdirektoren weniger verdienen als ihre Fahrer. Ein anderer Manager forderte, das Einkommen der Manager mit der wirtschaftlichen Leistung der Unternehmen zu verbinden. Alle Unternehmer waren sich darin einig, daß das Gesetz dazu beitragen soll, die Einflußnahme von außen in das Unternehmen zu beenden. Ein Unternehmer wies auf einen wichtigen Umstand hin. In den letzten Jahren war eine ganze Reihe von Wirtschaftsgesetzen, Dekreten und Regelungen erlassen worden. Doch wenige Menschen hätten sich darum gekümmert, diese Gesetze auch anzuwenden. Er hoffe, so der Manager weiter, daß dies mit dem Unternehmensgesetz nicht geschehen werde.

Auf der 24.Sitzung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses wurde das Gesetz diskutiert. Ein Delegierter hob hervor, daß es sehr wichtig sei, die Unternehmen von unpraktischen und konfusen Anweisungen von Verwaltungsabteilungen zu befreien. Ein anderer Delegierter wies darauf hin, daß die Gewerkschaften die Vertreter der Arbeiter und Angestellten seien. Deshalb müßten ihre Rolle und ihre Position in den Unternehmen in dem Gesetzentwurf aufgeführt werden.

Einige Delegierte waren nicht damit einverstanden, daß die Unternehmen das Recht bekommen sollen, mit den Vermögenswerten, die ihnen vom Staat überlassen werden, so umzugehen, wie es in dem Gesetzentwurf festgelegt ist. Solche Regeln seien verwirrend, und zwar wegen des gegenwärtigen Systems des Staatseigentums. (Fazhi Bao, 12.1.88; XNA, 11. und 12.1.88; XNA, 14.1.88, zit. nach SWB, 20.1.88)

Der Gesetzentwurf liest sich wie ein Kompromißpapier. Zwar werden dem Betriebsdirektor Entscheidungsrechte zugestanden, ebenso stark sind jedoch die Rechte der Arbeiterkongresse bzw. die Einwirkungsmöglichkeiten der sog. zuständigen Regierungsabteilungen. Die im Entwurf gebrauchten Formulierungen sind durchgängig recht allgemein und wenig konkret. Zuständige oder interessierte Kreise im ganzen Land sind nun aufgefordert, ihre Meinung zu dem Gesetzentwurf kundzutun. Von entscheidender Bedeutung werden die Ausführungsbestimmungen für die-

ses Gesetz sein. Nach Art.62 des Gesetzentwurfes sind kompetente Behörden unterhalb des Staatsrats nun aufgefordert, die Durchführungsverordnung zu entwerfen. Erst anhand dieser detaillierten Durchführungsbestimmungen wird man das neue Gesetz richtig beurteilen können. Ein wichtiges Problem wird sein - darauf hatte einer der Unternehmer bereits hingewiesen -, inwieweit die betroffenen Interessengruppen tatsächlich gewillt sind, das Gesetz mit Leben zu erfüllen und den Geiste nach anzuwenden. -lou-

\*(42)

### Übernahme von Betrieben

Auf einem Symposium, das Anfang 1988 in Wuhan stattfand, wurde der Kauf und Verkauf von Eigentumsrechten an Unternehmen als eine Herausforderung für manche Unternehmen bezeichnet. Diese neuen Möglichkeiten bildeten einen Strang der Unternehmensreform.

In den letzten beiden Jahren hat eine Reihe von Unternehmen sowohl in entwickelten wie auch in zurückgebliebenen Gebieten des Westens (Chinas) ihre Eigentumsrechte verkauft. Dies kann in mehreren Formen geschehen: In einigen Fällen least ein Unternehmen das andere oder übernimmt es per Vertrag, während in anderen Fällen ein Unternehmen das andere kauft. Solche Transaktionen können zwischen staatseigenen Unternehmen oder zwischen kollektiveigenen Unternehmen oder zwischen staats-eigenen und kollektiveigenen Unternehmen vorgenommen werden. Die Übernahme kann auch zwischen Unternehmen unterschiedlicher Branchen vorgenommen werden.

Xiao Fan, der Direktor der Handtuchfabrik von Wuhan, teilte auf dem Symposium mit, daß die Angliederung einer anderen Handtuchfabrik sein Unternehmen in die Lage versetzt habe, die Produktion auszudehnen und die Kosten zu senken. Die Handtuchfabrik von Wuhan machte einen Gewinn von 400.000 Yuan im ersten Monat nach der Übernahme.

Mao Dongsheng, der Hauptgeschäftsführer des Kaufhauses von Wuhan, erklärte, daß er ein kollektiveigenes Unternehmen aufgekauft habe, was schwer verschuldet gewesen sei. Die Transaktion habe beiden Seiten genutzt, erklärte er.

Angestellte des übernommenen Unternehmens seien wieder beschäftigt worden. Für das Kaufhaus seien das Lagerproblem und das Problem des unzureichenden Parkplatzes gelöst worden; mehr als 1.000 m<sup>2</sup> Verkaufsraum seien hinzugekommen.

Tian Yuan vom Entwicklungsforschungszentrum des Staatsrates erklärte, daß einige der 100.000 staatseigenen Industriebetriebe des Landes im Rahmen der traditionellen wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie an Defekten litten, während andere nicht mit der Veränderung der Marktbedingungen, und zwar aufgrund schlechten Managements, Schritt halten könnten. Im Jahre 1986 hätten 6.749 Industrieunternehmen insgesamt 4,7 Mrd. Yuan verloren. Ein Drittel von ihnen sei lange von staatlichen Subventionen abhängig gewesen. Auf diese Weise seien sie zu einer schweren Bürde für die lokalen Regierungen geworden.

Die Teilnehmer des Symposiums waren der Meinung, daß der Kauf und Verkauf von Unternehmen eine neue Form darstelle, mit der die chinesischen Unternehmen revitalisiert werden könnten. Mittels dieser Methode könnte den schlecht geführten Unternehmen geholfen werden, die Aufkäufer könnten ihre Vorteile besser nutzen und die Produktivität erhöhen. Des weiteren könnten Investitionen, Ausrüstungen und Grund und Boden besser genutzt werden.

Die neue Praxis hatte die Aufmerksamkeit des obersten Entscheidungsgremiums des Landes auf sich gezogen. Im Jahre 1986 hatte der Staatsrat dieser Praxis grünes Licht gegeben. In einem Dokument hieß es, daß manche kleine staatseigenen Unternehmen im Dienstleistungssektor versteigert und von den höheren Behörden verkauft werden könnten. In seinem Bericht auf dem 13.Parteitag hatte Zhao Ziyang erklärt: "Die Eigentumsrechte von gewissen kleinen staatseigenen Unternehmen können an Kollektive oder Privatleute verkauft werden." Einige Provinzen, regierungsunmittelbare Städte und autonome Regionen hätten die neue Praxis bereits in ihre Pläne für das Jahr 1988 aufgenommen. (XNA, 9.1.88, zit. nach SWB, 13.1.88) -lou-

**\* (43)  
Kombination zweier Beschäftigungssysteme führt zu Schwierigkeiten**

China solle, so die *Volkszeitung*, keine Zeit verlieren, das alte Beschäftigungssystem zu reformieren. In der Vergangenheit wurde jemand, der von einem staatlichen Unternehmen angestellt wurde, zu einem "dauerhaft eingestellten Arbeiter", der sich wegen aller seiner Belange auf den Staat verlassen konnte - Löhne, medizinische Versorgung, Renten und sogar Arbeitsplätze für seine Kinder. Man habe damit begonnen, dieses System zu verändern.

Entsprechend Statistiken sei die Zahl der Arbeiter in staatlichen Unternehmen, die auf Vertragsbasis angestellt worden seien, in den letzten beiden Jahren auf 6 Millionen angestiegen. Auf diese Weise könnten die Unternehmen Arbeiter mit guten Fähigkeiten und die Arbeiter gut geführte Unternehmen auswählen. Auf diese Weise würden das Management und die Erfolge des Unternehmens gefördert.

In der Sonderwirtschaftszone Shenzhen gebe es das Konzept des "dauerhaft angestellten Arbeiters" in den Joint Venture-Unternehmen nicht. Alle Arbeiter dort seien "Vertragsarbeiter". Dieses System verbessere das Management der Unternehmen und die Effizienz der Arbeit. Es biete auch ein Beispiel für jene für Arbeit und Personal Verantwortlichen, die die Praxis in anderen Unternehmen in der Region eingeführt hätten. Auch dauerhaft eingestellte Arbeiter, die nach Shenzhen versetzt würden, fielen unter die Regelung für vertraglich angestellte Arbeiter.

In Shenzhen können Arbeiter jene Unternehmen wählen, die offene Stellen haben. Falls man einen höheren Lohn wünscht, könne man sich um die Anstellung in einer Textilfabrik bewerben. Falls man bessere Arbeitsbedingungen bevorzuge, könne man sich in einer Elektronikfabrik oder in einer Montagefabrik bewerben. Die Textilindustrie hat oft Schwierigkeiten, Arbeiter einzustellen. Die Textilfabrik Nr.10 in Qingdao, Provinz Shandong, zieht aber Arbeiter mittels ihrer hohen Effizienz und ihrer guten Löhne an. Die Hälfte der Arbeiter in dieser Fabrik sind nun Vertragsarbeiter.

Im Gegensatz dazu verlangten 30% der 130 Vertragsarbeiter in einem schlecht geführten Unternehmen, daß ihre Verträge beendet würden. Die restlichen 70% entschieden sich dafür, die Fabrik nach Ablauf der Verträge zu verlassen. Dies zwang das Management des Unternehmens, die Effizienz und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Schwierigkeiten entstehen dann, wenn zwei Beschäftigungssysteme in einer Fabrik verwendet werden. Um die Unterschiede zwischen den beiden Systemen zu verwischen, begannen einige Unternehmen damit, Vertragsarbeiter so wie dauerhaft beschäftigte Arbeiter zu behandeln. Dies ist ein Schritt zurück.

In anderen Unternehmen werden die Dinge andersherum gehandhabt. Zum Beispiel werden in vielen Fabriken in der Provinz Heilongjiang sowohl den vertraglich wie auch den dauerhaft angestellten Arbeitern die Arbeiten strikt nach ihren Fähigkeiten zugewiesen. Belohnungen und Bestrafungen sind für alle gedacht. Auf diese Weise fühlen sich die vertraglich angestellten Arbeiter richtig behandelt und gewinnen Vertrauen, während die dauerhaft beschäftigten Arbeiter Druck zu spüren beginnen.

Arbeitsmärkte sind sehr wichtig, um eine marktorientierte Wirtschaft zu fördern. In der Vergangenheit war dies verboten, niemand sprach darüber, und zwar aus Furcht als Befürworter des Kapitalismus kritisiert zu werden. Nun sind verschiedene Arbeitsmärkte wie Pilze aus der Erde geschossen. Im August 1987 wurde in Shenzhen eine Personalaustauschmesse abgehalten. Ca. 240 Unternehmen und Organisationen kamen dort hin, um benötigte Arbeiter und Angestellte anzuheuern oder Arbeiter mit anderen Einheiten auszutauschen. Auf dieser Messe wurden ca. 10.000 Verträge abgeschlossen. (XNA, 4.1.88, zit. nach SWB, 7.1.88) -lou-

**\* (44)  
Probleme der ländlichen Industriebetriebe**

Nach Angaben der *Wirtschaftstageszeitung* vom 6.1.1988 haben seit 1986 ca. 1 Million ländliche Industriebetriebe schließen müssen. Die Schließungen seien ein normales Phänomen. Ländliche Unternehmen in China seien normalerweise klein, entweder im Kollektiv- oder Privateigentum. Sie ge-

nössen größere Freiheiten als die staatlichen oder kollektiv geführten Unternehmen in den städtischen Gebieten. Die Schließungen wurden von der Zeitung als "Durchbruch" bezeichnet, weil sich für die ländlichen Industriebetriebe jene Bedingungen herausgebildet hätten, die in den Unternehmensreformen angestrebt worden seien. Auch hätten sie ein klares Signal ausgesandt, um den Protektionismus zu beenden und das System, veraltete Unternehmen in städtischen Gebieten zu schließen, ebenfalls anzunehmen.

Die Schließungen erfolgen aus mehreren Gründen. Manche Unternehmen gehen in Konkurs, während andere zeitweilig schließen oder um Steuerbefreiungen nachsuchen. Die geschlossenen Unternehmen seien rückständig gewesen; deswegen sei es nur natürlich aufgrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen, daß sie von besser geführten Betrieben überflügelt worden seien. Lange Zeit konnten veraltete Unternehmen in den städtischen Gebieten, die minderwertige Produkte herstellten und ihre Produktionseinrichtungen, Werkstätten und Menschen nicht voll einsetzen, wegen des Mangels an Finanzmitteln und Rohmaterialien kaum die Produktion durchführen. Trotzdem würden sie immer noch durch ihre vorgesetzten Abteilungen geschützt, die die Steuern reduzieren oder gar ganz erlassen. Ein solcher Protektionismus verletze die allgemeine Wirtschaftlichkeit und führe zu nichts.

Die Anzahl der städtischen Unternehmen, die rote Zahlen schrieben, stieg um 16,2% im Jahre 1985, 65% im Jahre 1986 und 14% im Jahre 1987.

Die *Bauernzeitung* schrieb am 15. Dezember 1987, daß die Betriebe von Gemeinden und Dörfern wie Pilze aus der Erde geschossen seien. Viele Jahre hätten ihre Wachstumsraten bei 30% jährlich gelegen. Ihr gesamter Bruttoproduktionswert erreichte 354 Mrd. Yuan im Jahre 1986, mehr als der ländliche Bruttoproduktionswert. Solche Unternehmen seien zu Pfeilern der ländlichen Wirtschaft geworden und stellten eine wichtige Komponente der Volkswirtschaft dar. Gegenwärtig besäßen diese Betriebe ein Anlagevermögen von mehr als 120 Mrd. Yuan.

Die Betriebe der Gemeinden und Dörfer hingen vom Markt als dem regulierenden Faktor ab. Sie seien nun mit einer Knappheit von industriellen Ressourcen konfrontiert. Einige dieser Unternehmen arbeiten als Zulieferbetriebe für die staatliche Industrie. Wo ein Mangel an Materialien, z.B. Walzstahl, Bauholz, chemische Güter, vorliege, entstehe das Problem der Konkurrenzfähigkeit. Solche Faktoren, wie z.B. die hohen Kosten für Rohmaterialien, die Knappheit an Energie, die Abhängigkeit von Krediten für das Umlaufkapital und die zunehmend ungünstigen Bedingungen für Kredite im Verein mit außergewöhnlich hohen sozialen Lasten, hätten sehr ernste Schwierigkeiten für die Entwicklung vieler Gemeinde- und Dorfbetriebe gebracht. (Nongmin Ribao, 15.12.87; Jingji Ribao, 6.1.88) -lou-

\*(45)

#### Angespannte Situation der Landwirtschaft

Vor dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses machte He Kang, der Minister für Landwirtschaft, Viehzucht und Fischereiwesen, am 16.1.1988 Ausführungen zur Situation der Landwirtschaft. Trotz des Wachstums der Landwirtschaft im Jahre 1987 stehe das Land einer angespannten landwirtschaftlichen Situation gegenüber. Die herausragendsten Probleme seien der Mangel an wichtigen landwirtschaftlichen und tierischen Produkten sowie die scharfe Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage.

In vielen großen und mittelgroßen Städten sei die Rationierung von Schweinefleisch, Eiern und Zucker wieder eingeführt worden, und dies aus zwei Gründen. Zum einen habe sich die landwirtschaftliche Produktion nur langsam entwickelt, zum anderen sei ein drastischer Anstieg der Nachfrage zu verzeichnen. Die primäre und direkteste Ursache liege in der Tatsache begründet, daß die niedrigen staatlichen Ankaufpreise für Getreide, Schweine, Baumwolle, Zucker und andere landwirtschaftliche Produkte das Interesse der Bauern gedämpft hätten, diese Güter zu produzieren. Die relativ niedrigen Verkaufspreise, gestützt durch Subventionen, hätten den Konsum stimuliert. Auf diese Weise sei die Spannung zwischen Angebot und Nachfrage entstanden.

Der Widerspruch zwischen dem Bruttoangebot und der Bruttonachfrage nach wichtigen landwirtschaftlichen und tierischen Produkten sei ein neues Phänomen, das dann entstehe, wenn der Lebensstandard der Menschen schnell ansteigt. Chinas gegenwärtige Konsumstrukturen seien nicht vollständig rational. Auch sei das Problem zu verzeichnen, daß man über die Verhältnisse lebe. In einer solchen Situation müsse danach gestrebt werden, die Produktion zu entwickeln und den Menschen Anleitung für den Konsum zu geben.

Der wichtigste Grund für das langsame landwirtschaftliche Wachstum und die stagnierende Getreideproduktion in den letzten Jahren sei darin begründet, daß die Begeisterung der Bauern gedämpft worden sei. Nach der im Jahre 1985 stattgefundenen Reform des Systems des Ankaufs und der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte seien die vertraglich vereinbarten Ankaufpreise für Getreide, Baumwolle und andere landwirtschaftliche und tierische Produkte niedriger gewesen als die Marktpreise. Aufgrund einer Übernahme des "30/70-Preissystems" (ein Preissystem auf der Grundlage von 30% staatlichem Aufkaufpreis und 70% Überquotenpreis) sei das Einkommen der Bauern in den getreideproduzierenden Gebieten gesunken. Obgleich der vertraglich vereinbarte Getreideaufkauf durch das preisgünstige Angebot von Kunstdünger und Dieselöl sowie Vorauszahlungen seit 1987 gestützt worden sei, seien die kleinen verbleibenden Quantitäten nicht sehr attraktiv für die Bauern.

Im Jahre 1985 wurden die Ankaufpreise für Baumwolle gesenkt; auch wurde Schluß gemacht mit der Vergabe von Belohnungen in Getreide sowie der preisgünstigen Versorgung mit Futtergetreide für die Baumwollproduzenten. Dies hat den Enthusiasmus der Baumwollproduzenten ernsthaft gedämpft. Was die Aufzucht von Schweinen angeht, so haben die Bauern erkennen müssen, daß dies nicht profitabel ist, und zwar wegen hoher Kosten und sinkender Gewinne aufgrund von steigenden Futtermittelpreisen. Wegen des scharfen Anstiegs der Preise von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln wie auch wegen der Spekulation auf dem Markt seien die landwirtschaftlichen Produktionskosten dramatisch angestiegen. Des Weiteren seien wegen der höheren

Preise für Früchte, Meeresprodukte und andere Güter, deren Preise nicht kontrolliert würden, die Gewinne aus der Produktion von Getreide, Baumwolle, Schweinefleisch und Zucker beträchtlich gesunken, was Rückwirkungen auf deren Output hatte.

Eine schwache landwirtschaftliche Infrastruktur resultiere aus geringen landwirtschaftlichen Investitionen. Während des 6.Fünfjahresplanes betragen die staatlichen Investitionen in den landwirtschaftlichen Investbau nur 6% der gesamten staatlichen Investitionen in den Investbau. In den 29 Jahren zuvor betragen die entsprechenden Investitionen durchschnittlich jährlich 11,9%.

Während der Periode des 6.Fünfjahresplanes (1981-1985) nahm das Ackerland durchschnittlich jährlich um 470.000 ha ab. Während der ersten beiden Jahre des 7.Fünfjahresplanes nahm die landwirtschaftliche Nutzfläche um 670.000 ha ab. Der Mißbrauch von Ackerland werde immer noch nicht effektiv kontrolliert. Wegen der allmählichen Abnahme von Ackerland und Brachland sei es schwieriger geworden, ein sich selbst tragendes Wachstum bei der Produktion von Getreide, Baumwolle und Zucker zu erreichen.

Obgleich die Versorgung mit Kunstdünger, landwirtschaftlichen Chemikalien und Plastikfolien in den letzten Jahren etwas angestiegen sei, so sei dieser Anstieg immer noch nicht ausreichend, um die Erfordernisse der Produktion zu decken.

Auf der nationalen Konferenz für landwirtschaftliche Arbeit, die am 18.1.1988 in Beijing eröffnet wurde, schlug der Minister für Landwirtschaft, He Kang, zehn wichtige Maßnahmen zur landwirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1988 vor:

(1) Es ist nötig, die Reform zu vertiefen und die Politik zu perfektionieren. Von 1988 bis 1990 wird der Staat jährlich 1,55 Mio.t Futtergetreide zu niedrigen Preisen bereitstellen, um die Schweinezucht in zehn wichtigen Provinzen sowie in den Städten Beijing, Tianjin und Shanghai zu unterstützen.

(2) Es ist nötig, das gegenwärtige Ackerland für Getreide beizubehalten, die Anzahl der Schweine zu stabilisieren und die geographische

Verteilung und Struktur der landwirtschaftlichen Produktion zu re-adjustieren. Das Ackerland für Getreide soll in diesem Jahr ca. 1,66 Mrd. Mu (15 Mu = 1 ha) betragen. Da einige Getreidefelder für technische Kulturen oder für andere Zwecke genutzt werden, können diese Verluste durch die Entwicklung des Winteranbaus in den südlichen Teilen Chinas, durch die Förderung des "inter-cropping" und die Entwicklung des Zwischenreisanbaus in den Zwischenreisanbauzonen in Südchina wettgemacht werden. Die Fläche für den Baumwollanbau sollte wieder auf 82 Mio. Mu erhöht werden. Wir sollten die Struktur der Viehzucht durch die Stabilisierung der Schweinezucht wieder anpassen, aktiv die Aufzucht von pflanzenfressenden Tieren, wie z.B. Kühen, Schafen und Kaninchen, entwickeln und uns bemühen, die Anzahl von Hochleistungstieren zu erhöhen.

(3) Wir sollten aktiv den "Plan für die Rekordernte" durchführen und verschiedene ertragssteigernde Techniken popularisieren.

(4) Wir sollten die Reform der landwirtschaftlichen Wissenschaft und des Erziehungssystems vertiefen. Anstrengungen sollten unternommen werden, Dienstleistungsorganisationen zu errichten und umfassende Dienstleistungen anzubieten.

(5) Wir sollten große Anstrengungen unternehmen, den Aufbau von warenproduzierenden Zentren in Übereinstimmung mit den Erfordernissen einer gemeinschaftsorientierten und modernisierten Warenproduktion in großem Umfange zu fördern.

(6) Es ist nötig, der Nutzbarmachung der Landwirtschaft und der Förderung einer exportorientierten Landwirtschaft Aufmerksamkeit zu schenken. Der Staatsrat hat eine Landentwicklungsstiftung errichtet, um großformatige Entwicklungsprojekte zu organisieren und zu koordinieren. Diese Stiftung wird aus den jährlich erhobenen Landnutzungssteuern gespeist.

(7) Es ist nötig, eine aktive Rolle in der Reform der Zirkulationsstruktur einzunehmen und Produktion, Versorgung und Marketing zu einem organischen Ganzen zu machen. Wir planen, effektive Methoden der Produktion von und der Versorgung mit Zusatznahrungs-

mitteln für große und mittlere Städte zu finden. Für Beijing, Tianjin und Shanghai sollen Managementsysteme für Zusatznahrungsmittel gefunden werden, die Produktion, Versorgung und Marketing integrieren.

(8) Beim Aufbau der landwirtschaftlichen Infrastruktur soll gute Arbeit geleistet werden. Anstrengungen sollten unternommen werden, Hohertragssaatgut zu popularisieren, Hohertragsvieh zu züchten und die entsprechenden Einrichtungen dafür zu schaffen.

(9) Es ist nötig, die landwirtschaftliche Umwelt zu schützen und die ländliche Energiearbeit zu verstärken. Die Anstrengungen sollten fortgesetzt werden, ein Überwachungsnetzwerk für die landwirtschaftliche Umwelt zu errichten und zu versuchen, dieses während der Periode des 7. Fünfjahresplanes zu vollenden. Es ist nötig, die Energieindustrie zu entwickeln und zu verstärken und ein Netzwerk von Energiedienstleistungen in den ländlichen Gebieten zu errichten. Wir sollten weiter damit fortfahren, brennstoffsparende Öfen und die Nutzung von Biogas zu popularisieren.

(10) Wir sollten weiterhin Anstrengungen unternehmen, die wirtschaftliche Entwicklung in armen Gebieten mit basisnahen und verantwortlichen Methoden zu fördern. (Xinhua, 16.1.88, zit. nach SWB, 20.1.88; Xinhua, 18.1.88, zit. nach SWB, 22.1.88) -lou-

\*(46)

#### Wälder vom Kahlschlag bedroht

In einem Artikel, der in der *Volkszeitung* vom 18.1.1988 erschien, wurde darauf hingewiesen, daß der Mensch die wichtigste Ursache für das Zurückgehen der Wälder in China sei. Nicht das geringste der Probleme sei der Mangel an Koordination zwischen Regierungsabteilungen, die sich mit der Ressource Wald befassen.

Viele Jahre lang befaßte sich ein Ministerium, das Ministerium für Forstwirtschaft, mit dem Anpflanzen von Bäumen, während ein anderes, das Ministerium für die Forstindustrie, sich mit dem Schlagen von Bäumen befaßte. Obgleich die beiden Ministerien in den späten 1950er Jahren zusammengefaßt wurden, gehen die beiden Abteilungen immer noch ihre eigenen

Wege. Dies erklärte Lai Jirui, der Direktor des Provinzamtes für Forsten der Provinz Fujian.

Gao Dezhan, der Minister für Forstwesen, erklärte, daß der Verbrauch von Bäumen die Anpflanzungsrate überschritten habe. Massive Einschnitte hätten dazu geführt, daß die Forstgebiete in 131 Forstämtern um 21,3% in den letzten zehn Jahren zurückgegangen seien. Der Rückgang der Holzreserven betrage 28,1%. Gegenwärtig hätten 25 Ämter keine Reserven an Holz mehr.

Falls die Situation nicht verändert würde, so würden 50% der Forstämter in den nächsten zehn Jahren mit ähnlichen Problemen konfrontiert werden. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts seien es 70%. Die Anzahl der Kreise mit Holzreserven von mehr als 3 Mio. m<sup>3</sup> sei von 158 in den 1950er Jahren auf weniger als 100 jetzt gefallen. Nur 172 Kreise können marktfähiges Holz zur Verfügung stellen, in der Vergangenheit waren es 297.

Die auf diese Weise erzeugten Forstschäden hätten zu einer Verschlechterung der Umgebung geführt, so erklärten Experten. In Xishuangbanna in der Provinz Yunnan im Südwesten Chinas, das einst als das "Königreich von Tieren und Pflanzen" bekannt war, sind die Forstgebiete jährlich durchschnittlich um 200.000 ha zurückgegangen, was zu einer Ausrottung von 500 Pflanzenarten geführt hat. Als Resultat dieser Entwicklung sei das Klima trockener und wärmer geworden. (RMRB, 18.1.88) -lou-

\*(47)

#### Regionalisierung der CAAC soll Leistungsfähigkeit erhöhen

Seit langem wird die Auflösung der Civil Aviation Administration of China (CAAC) diskutiert. Die Mammutbehörde - quasi Luftfahrtministerium, Zivilluftfahrt-direktion, Flughafenverwaltung, Flugsicherungsanstalt und Fluggesellschaft in einem und zudem verantwortlich für das Luftbildwesen und die gesamte Agrarfliegerei - ist den Anforderungen der Moderne nicht mehr gewachsen.

Im Rahmen des Winterflugplans 1987/88 wurden 113 Ziele angefliegen, darunter 31 im Ausland. Jährlich werden mit einer Flotte von rd. 470 Flugzeugen - davon sind

nur 150 Verkehrsmaschinen - über 10 Millionen Passagiere und 200.000 t Fracht befördert. Bis zum Jahre 2000 soll sich die Zahl der Verkehrsmaschinen auf 300 verdoppeln, was Investitionen in Höhe von rd. 7 Mrd. US\$ erfordern wird.

Bereits heute wird der Flugbetrieb der CAAC von sechs autonomen Regionalverwaltungen betrieben, die jeweils eine eigene Flotte, ein eigenes Management und sogar ein unterschiedliches Niveau im Service an Bord haben. So wirbt beispielsweise CAAC Shanghai im CAAC-Gesamtflugplan damit, daß sie mit ihren modernen Flugzeugen 34 Strecken im Inland, 4 internationale Strecken sowie Regionalrouten nach Hongkong nicht nur von Shanghai, sondern auch von Hangzhou, Nanjing, Fuzhou und Xiamen aus befliegt - sicher, komfortabel und mit einer freundlichen Atmosphäre an Bord. Alle CAAC-Flugzeuge tragen jedoch die gleiche Bemalung.

Der reine Flugbetrieb soll künftig aus der Behörde CAAC herausgelöst werden, ebenso die Flughafenverwaltung und die Flugsicherungsdienste. Für die CAAC blieben jedoch alle "regelnden" Funktionen, wie Musterzulassung und Überwachung der Lufttüchtigkeit von Fluggerät, Pilotenlizenzerteilung, Kontrolle der Einhaltung von ICAO-Vorschriften usw.

Das "Tagesgeschäft des Flugbetriebs" soll auf insgesamt sechs neue staatliche Fluggesellschaften übertragen werden. Dazu gibt es einen "Generalplan zur Dezentralisierung", der sich jetzt in seiner letzten Durchführungsphase befindet.

Seit dem 15. Oktober 1987 hat China Southwest Airlines in Shantou als erste dieser staatlichen Regionalgesellschaften den Probebetrieb aufgenommen. Diese Gesellschaft hat jetzt ihre eigene Rechtsform und verfügt über eine moderne Flotte von Boeing 737-Flugzeugen, mit der sie Inlandsflüge durchführt.

Bis Ende 1988 sollen die fünf weiteren Regionalgesellschaften, die den heutigen CAAC-Regionalbüros in Shanghai, Guangzhou, Shenyang und Xi'an entsprechen, den Betrieb aufgenommen haben. Die Beijinger CAAC-Verwaltung wird in eine internationale Fluggesellschaft umgewandelt, die bisher inoffiziell den Namen Air China International

trägt. Sie wird alle Auslandsfernflüge der CAAC sowie die Bedienung von Hauptstrecken im Inland von Beijing aus übernehmen, jedoch nicht alle internationalen Flugdienste, denn jede regionale Fluggesellschaft kann auch Nahziele in den Nachbarländern ansteuern.

Die CAAC hat international ein beachtliches Tempo vorgelegt. 1987 wurden vier neue Ziele angefliegen: Istanbul, Berlin-Schönefeld, Warschau und Fukuoka in Japan. Nach Vancouver wurde von Beijing und Shanghai der Flugbetrieb aufgenommen; 1988 wird Toronto als neues Ziel hinzukommen. Beachtlich in die steigende Zahl der Nonstop-Flüge von Europa nach Beijing, etwa von Frankfurt jeden Mittwoch.

Um innerhalb gewisser Grenzen einen Wettbewerb zu ermutigen, gibt es seit einigen Jahren Pläne für derzeit 18 CAAC-unabhängige Fluggesellschaften. Davon fliegen bereits drei: Die von den Luftstreitkräften seit 1984 betriebene China United Airways, die zivile Passagiere in Militärmaschinen zwischen Militärflughäfen transportiert; ein Zubringergesellschaft in Urumqi mit dem Namen Sinkiang Regional Airlines; sowie die von der Stadtverwaltung Shanghais gegründete Shanghai Airlines, die nichts mit der künftigen China Eastern Airlines zu tun hat. Seit diese unabhängige Gesellschaft vor zwei Jahren mit einem Bordservice, der deutlich über dem der CAAC lag, auf dem Markt auftauchte, hat auch die CAAC auf den in Konkurrenz, aber zu gleichen Preisen geflogenen Routen den Service wesentlich verbessert.

Der Beijinger Flughafen soll für die Abfertigung von Gruppen ausgebaut werden, um ausländischen Touristen die Einreise zu erleichtern. Kurzfristig wird auch die Zahl der Schalter erhöht, auf längere Sicht soll ein weiterer Abfertigungs-Satellit gebaut werden.

In Shanghai muß die Piste verstärkt werden, da sie heute für voll beladene Großflugzeuge noch nicht geeignet ist. Auch Shanghai soll ein neues Abfertigungsgebäude erhalten. Die Verwaltung aller chinesischen Zivilflughäfen wird künftig von sechs Regionalzentren aus erfolgen, die finanziell unabhängig sein sollen. Die gleiche Struktur erhält auch die Flugsicherung. (HB, 22./23.1.88) -lou-

---

## Taiwan

---

\*(48)

**Li Denghui neuer Staatspräsident und amtierender Vorsitzender der Regierungspartei nach Jiang Jinguos Tod**

Am 13. Januar 1988 starb Jiang Jinguo (Chiang Ching-kuo), Staatspräsident der Republik China und Vorsitzender der Regierungspartei Guomindang (GMD) im Alter von 77 Jahren an Herzversagen. Er war der älteste Sohn von Marsschall Jiang Jieshi (Chiang Kaishek, 1887-1975), der von 1928 bis zu seinem Tod die Führung der GMD und der Republik China fest in der Hand hatte und dessen Macht Jiang Jinguo 1975 übernommen hatte. Seitdem bekleidete er das Amt des Vorsitzenden der GMD und seit 1978 auch das des Präsidenten der Republik China.

Obwohl Jiang Jinguo autoritär regierte, war er im Unterschied zu seinem Vater sehr volksnah. Vor seinem Tode leitete er noch eine Liberalisierungspolitik in Taiwan ein und verkündete vor allem die Beendigung des seit 38 Jahren andauernden Ausnahmezustands. Noch als Ministerpräsident (1972-1978) hatte er angefangen, im - von der vom Festland stammenden alten GMD-Garde kontrollierten - Regierungs- und Parteiapparat mehr jüngere und einheimische Politiker einzusetzen. Auch das weltweit anerkannte Wirtschaftswunder Taiwans ist überwiegend ein Erfolg seiner Regierung.

Vier Stunden nach Jiang Jinguos Tod wurde Vizepräsident Li Denghui (Lee Teng-hui, 65), ein einheimischer Politiker und Technokrat, verfassungsgemäß als Staatspräsident vereidigt. Bei der Besetzung des GMD-Vorsitzes (es fehlt die Einrichtung eines stellvertretenden Parteivorsitzenden) ergaben sich Meinungsverschiedenheiten in der Partei. Erst wurde erklärt, daß man während der einmonatigen Trauerzeit aus Anlaß des Todes von Jiang Jinguo die Frage nicht diskutieren wolle; doch zahlreiche zur GMD gehörende junge Abgeordnete traten dafür ein, Li Denghui zum amtierenden Parteivorsitzenden zu wählen. Daraufhin sondierten der Generalsekretär der GMD, Li Huan, und seine drei Stellvertreter die Meinungen unter